

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 44

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sieht und nicht erkennt, welchen Einfluss auf den Gang der Ereignisse die Gesamtheit der sozialen Veränderungen ausübt.» Die marxistischen Parteien «sind verpflichtet, alle Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern, zwischen aggressiven und nichtaggressiven Staaten sowie die Widersprüche zwischen den einzelnen Schichten der Bourgeoisie auszunutzen». Diese offizielle sowjetische Interpretation des Begriffes der Koexistenz spricht für

sich selber. (Ueber die unterschiedliche Auffassung in Peking siehe KB, 9. November.) Am Westen liegt es, daraus die eigenen Konsequenzen zu ziehen. Sie bestehen darin, erstens, zwischen Koexistenz im östlichen und westlichen Sinne genau zu unterscheiden, und zweitens, keines der beiden Gesichter des kommunistischen Januskopfes zu bagatellisieren. Sie reden dieselbe Sprache: Die Wege sind verschieden, das Ziel aber bleibt dasselbe.

Wirtschaft

UdSSR

Raubbau in der Bergwerkindustrie

Die Erfüllung der Produktionsnormen in der Sowjetunion geht auf dem Gebiete des Bergbaus oft auf Kosten einer guten Ausnutzung der Bodenschätze.

Fast gleichzeitig wurde in der letzten Zeit in einem Bericht vor dem Obersten Sowjet der Russischen Föderation und in mehreren Presseartikeln auf den Raubbau in der Bergwerkindustrie hingewiesen. Diese Kritiken lassen die Kehrseite der Planerfüllung erkennen, die nur scheinbar parallel zu den Fortschritten in Volkswirtschaft und Technik steht.

Die Betriebe zur Gewinnung von Erzen oder Erdöl werden durch die planwirtschaftliche Forderung, mit hohen Produktionsziffern aufzuwarten, geradezu zu einer unsorgfältigen Ausnutzung der Bodenschätze angetrieben. Wo Förderung und Verarbeitung umständlichere Methoden verlangten, wird «nur der Rahm abgeschöpft», so dass grosse Quantitäten an brauchbarem Material verlorengehen.

Tadelnd stellte der Präsident des russischen Obersten Sowjets fest, dass es in einigen Volkswirtschaftsräten und Bergwerken an «genügender Aufmerksamkeit zur wirtschaftlichen Organisation der Bodenschatzgewinnung» fehle. Verletzung wissenschaftlicher und technischer Vorschriften führten zu grossen Verlusten. Noch deutlicher wird ein Akademiestand in einer Korrespondenz an die «Iswestija»:

«Die Gewinnung und Verarbeitung der Erze werden in vielen Bergwerken verschwenderisch und mit grossen Verlusten ausgeführt.» Ausführlich erwähnt der Verfasser, dass viele Betriebe zwecks Erfüllung der Produktionsziffern in erster Linie die Gebiete bearbeiten, die reiche Erze aufweisen. Dieses unwirtschaftliche Vorgehen führe dazu, dass inhaltsarme Erze zurückblieben. Im Kupferbergwerk von Dscheskasgan beispielsweise seien aus diesen Gründen etwa 30 Prozent des wertvollen Metalls ungefördert geblieben.

Zahlreiche andere Fälle sind in der jüngsten Zeit diskutiert worden. So werden auch unnötige Verluste beim «Anreicherungsprozess gemeldet, wo der prozentuale Metallanteil der Erze vor dem Schmelzen in den Hochöfen gesteigert wird. Dabei werden gewisse Mengen von Edelmetallen und seltenen Elementen gewonnen. Aber weil das Vorgehen recht umständlich und zeitraubend ist, werden in einigen Betrieben bei der Kupfererzverarbeitung nur 24 Prozent des vorhandenen Silbers gewonnen, während Elemente, wie Selen (schwefelähnlich, verwendbar für Photozellen), vollständig verlorengehen. Im Kaukasus gibt es besonders reiche Manganerze, aber bei der Gewinnung, wie sie vom Geologischen Volkswirtschaftsrat

praktiziert wird, bleiben etwa 12 Prozent dieses wertvollen Elementes in der Erde. Seit Jahren verweist die Sowjetpropaganda mit Stolz auf die Erfolge der Kohlenförderung. Jetzt aber erfährt man, dass im Kusnesbecken die Kohlenverluste wegen der unwirtschaftlichen Gewinnung 24 Prozent betragen.

Bei der Erdölgewinnung wird vielerorts nur etwa die Hälfte der an bestimmten Stellen festgestellten Vorräte gewonnen. Sobald technische Komplikationen auftauchen, tiefere oder zusätzliche Bohrungen vorgenommen werden müssen und durch die Verzögerung die Planerfüllung gefährdet wird, bleiben grosse Vorräte einfach liegen.

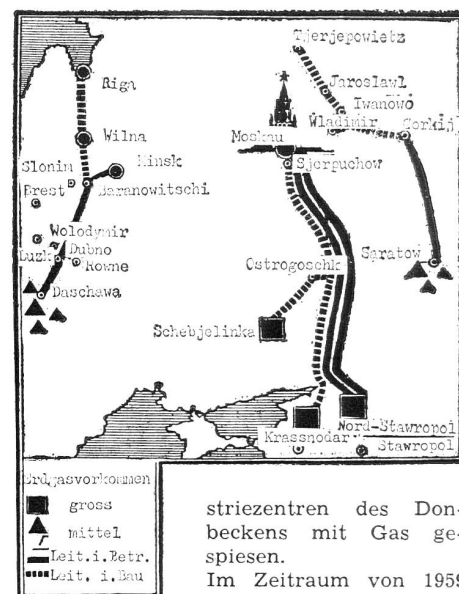
Meistens gibt es neben grösseren Erdölvorkommen auch Erdgasvorräte. (Siehe auch den Artikel «Erdgasnetz» in der heutigen Nummer.) Obschon ihrer Gewinnung sogar spezielle Regierungsvorschriften gewidmet sind, wird in vielen Fällen das Erdgas an Ort und Stelle verbrannt oder entweicht in die Luft.

Die Verluste betragen bis zu 90 und 100 Prozent.

In allen aufgezählten Fällen wurde die Bemühung der verantwortlichen Leiter um die Erfüllung der Produktionspläne unter den Gründen für den Raubbau aufgezählt. Die nötigen Konsequenzen werden aber nicht gezogen. Man sucht Abhilfe durch administrative Massnahmen: in der Verschärfung der Vorschriften und in der persönlichen Verantwortlichkeit der Betriebsleiter. Vorgeschlagen wird immerhin auch eine komplexere Nutzung der Bodenschätze mit besser koordinierter Arbeit und besser aufeinander abgestimmten Planungen.

Wachsendes Erdgasnetz

Dieses Jahr sollen — wie die «Ekonimtscheskaja gazeta» im Oktober berichtete —, in der Sowjetunion ca. 4000 km Gasleitungen verlegt worden sein. Und aus Anlass des 43. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde bereits die 652 km lange Streckenleitung Saratow—Gorkij in Betrieb genommen sowie in noch jüngerer Zeit die beinahe gleichlange Linie Daschawa—Minsk (siehe Karte). Der Vollendung nähert sich auch der Bau der dritten grossen Leitung Krassnodar—Sjerpuchow (etwa 80 km von Moskau entfernt) mit einer Abzweigung von Ostrogoschk nach Schebjelinka. Diese Linie, die bis Jahresende in Betrieb genommen werden soll, weist eine Länge von 1200 km auf und ist die dritte Gasader, die aus der Krassnodaer Region nach der sowjetischen Hauptstadt gezogen wird, und aus ihr werden auch die Indu-



striezentren des Donbeckens mit Gas gespiesen.

Im Zeitraum von 1959 bis 1965 sollen in der UdSSR 26 000 km Leitungen verlegt werden, so dass immer mehr Betriebe auf die Verwendung von Gas als Energiespender umgestellt werden können. Der Bau solcher Leitungen ist allerdings mit grossen Schwierigkeiten verbunden, weil diese oft durch Fluss- und Sumpfgebiete führen.

In den USA, wo das Erdgas bereits eine bedeutende Rolle spielt, werden über 350 000 km Gasfernleitungen betrieben.

Das Erdgas besteht vorwiegend aus Methan und einem Gemisch von einigen anderen Kohlenwasserstoffen (z. B. Aethan), es kommt oft zusammen mit Erdöl vor und wird als Heizgas, Treibstoff und in der chemischen Industrie verwendet. Das Gas bzw. Methan ist Ausgangsstoff für viele chemische Erzeugnisse (z. B. Paraffine, Kunststoffe, Farbstoffe und Arzneimittel).

Arbeitsrecht

DDR

Es ist ausgestreikt

Es gibt in der Woche nur einen Ruhetag. (Die Fünftagewoche ist damit ausgeschlossen.)

Die jährlichen Ferien betragen für Arbeiter und Angestellte grundsätzlich zwölf Arbeitstage.

Die Höhe der Löhne hängt vom Grad der Erfüllung der Arbeitsnormen ab.

Wer seine Norm nicht erfüllt, erhält nur Lohn nach dem Grad der Erfüllung.

Wer seine Arbeitspflichten schuldhaft verletzt, oder einen Schaden vorsätzlich verursacht, ist für den Ersatz des gesamten Schadens verantwortlich.

Schadenersatz ist im allgemeinen in Geld zu leisten.

Bei Fahrlässigkeit ist die Ersatzpflicht durch den vollen Betrag eines Monatslohns begrenzt.

Diese Bestimmungen stammen nicht aus dem Pflichtenheft eines kapitalistischen Fabrikbetriebes, sondern aus dem kürzlich veröffentlichten Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches, der von einer Kommission unter Leitung des SED-Sekretärs Ulbricht für die Deutsche Demokratische Republik angefertigt wurde.

Der Entwurf weist die Beilegung von Streitigkeiten ausschliesslich den sogenannten «Konfliktkommissionen» sowie

den Gerichten zu. Von dem in der Verfassung der DDR einmal garantierten Recht auf Streik steht in den 153 Paragraphen des neuen Gesetzes kein einziges Wort mehr.

Die Werktätigen werden in dem Gesetzesentwurf verpflichtet, das staatliche Eigentum zu mehrern und vor Verlusten zu schützen, Geld und Material sparsam zu verwenden und Qualitätsarbeit zu leisten. Die Weisungen der Betriebsleiter müssen befolgt werden.

Verletzung der Arbeitspflicht zieht einen Verweis, strengen Verweis oder fristlose Entlassung nach sich.

Erziehung

DDR

Selektion nach Herkunft

«Wir stellen die patriotische Erziehung und die Erhöhung der Verteidigungsgemeinschaft der jungen Generation in den Mittelpunkt unserer Unterrichts- und Erziehungsarbeit.»

So heisst es in einem Rechenschaftsbericht an die Unterrichts- und Erziehungsgewerkschaft der DDR. Dahin führt die Entwicklung der 1946 beschlossenen Schulreform, durch die laut amtlicher Darstellung «eine wirklich demokratische Schule» geschaffen werden sollte, «aus der der Geist des Imperialismus um des Militarismus für immer verbannt ist, und in der die Kinder im Sinne des Friedens, der Völkerfreundschaft und des Sozialismus erzogen werden».

Heute ist nicht nur die ideologische Schulung weitgehend nach sowjetischem Muster durchgeführt. Auch die körperliche Ertüchtigung auf der Mittelschulstufe wird seit dem Aufbau der nationalen Volksarmee auf dieses Ziel hin verstärkt und zielbewusst betrieben.

Eine beträchtliche Aufgabe im staatlichen Erziehungsprogramm fällt auch den beiden einzigen zugelassenen Jugendorganisationen zu, die beide unter SED-Kontrolle stehen. Schule und Vereine arbeiten Hand in Hand.

Den westeuropäischen Gymnasien entspricht in Ostdeutschland die Oberschule (Klassen 9 bis 12). Laut Verfassung (Artikel 35) hat «jeder Bürger das gleiche Recht auf Bildung und freie Wahl seines Berufes».

Als Kriterium für die Schülaufnahme tritt neben der Begabung immer deutlicher die soziale Herkunft in den Vordergrund. Zu Kindern von Arbeitern und werktätigen Bauern kommen in letzter Zeit in vermehrter Masse Kinder von Nationalpreisträgern, der sogenannten neuen Intelligenz, hinzu.

Nach gleichen Gesichtspunkten erfolgt auch die Selektion für Universitäten und Fachhochschulen. Wie schon für die Oberschüler, ist auch für alle Studenten der russische Sprachunterricht obligatorisch. Dazu kommt noch das gesellschaftswissenschaftliche (marxistisch-leninistische) Grundstudium, von dem lediglich Absolventen der theologischen Fakultäten befreit sind.

Das Studium stellt einen Planfaktor im Siebenjahresplan dar. Die Universitäten unterstehen dem Staatssekretariat für Hochschulwesen und die einzelnen Fachhochschulen den einschlägigen Fachministerien. Diese setzen die Zahl der zum

Studium an den einzelnen Fakultäten und Fachrichtungen zuzulassenden Bewerber nach den Planerfordernissen fest. Die höheren Lehr- und Bildungsinstitutionen sind der Selbstverwaltung und der freien wissenschaftlichen Forschung weitgehend beraubt.

Was die Bestrebungen der ostdeutschen Jugendverbände anbetrifft, hat die Definition Stalins (Werke, Band 6) volle Gültigkeit:

«Der kommunistische Jugendverband ist eine Reserve, eine Reserve aus Bauern und Arbeitern, aus der die Partei ihre Reihen auffüllt. Zugleich aber ist er auch ein Instrument in den Händen der Partei, mit dem sie die Massen der Jugend unter ihren Einfluss bringt.»

Die DDR-Jugendorganisationen umfassen die Verbände «Junge Pioniere» für Kinder von 6 bis 14 Jahren und «Freie Deutsche Jugend» (FDJ) für ältere Jugendliche. Die Abgrenzung entspricht ungefähr derjenigen zwischen Pionieren und Komsomol in der Sowjetunion. Seit Bestehen der nationalen Volksarmee hat die FDJ auch die Funktion der vormilitärischen Ausbildung übernommen. Ueber Schul- und Hochschulgruppen der FDJ wird die Jugend in diesen Institutionen kontrolliert.

Kunst

Tschechoslowakei

Vor und hinter den Kulissen

An der Prager Musikakademie haben sich seit ihrer Gründung viele ausländische Studenten ausbilden lassen.

Gegenwärtig studieren an dieser Schule zirka 50 ausländische Studenten, darunter 12 Bulgaren, 5 Mexikaner, 4 Albaner, 3 Polen, 3 Vietnamesen, 3 Japaner, je zwei aus der UdSSR, Algerien und Zypern, einer aus Korea, Marokko, Ghana, Ceylon, Chile, Island, Kuba, der Mongolei, der DDR, Rumänien, Uruguay und der VAR. Die aus den sozialistischen Ländern kommenden Studenten obliegen vor allem dem Studium der Musik, jene aus den afrikanischen und andern Staaten beschäftigen sich mit Film, Theater und Puppentheater, wie die Pressburger Zeitung «Uj szo» am 10. November 1960 berichtet.

Es ist erfreulich — schreibt das Blatt — dass die Jugendlichen aus kolonialen Ländern und solchen, die noch abhängig sind, in ständig steigender Zahl an die Musikakademie kommen, um hier eine Fachausbildung zu erhalten.

(Bezeichnend ist jedoch auch, dass jene Fakultäten der Akademie, die es ermöglichen, in ideologischer Beziehung unmittelbar [wie Film und Theater] auf die Studenten zu wirken, vor allem die Leute aus afrikanischen und Entwicklungsländern Asiens besuchen.)

Justiz

Bulgarien

Advokaten — Bürokraten

Als bekämpfenswertes Ueberbleibsel des Kapitalismus bezeichnet «Partien Zivot», Sofia, das Fürsprechertum, das unzertrennbar mit dem Bürokratismus verbunden sei.

Wenn damit auch bürokratische Erscheinungen als kapitalistisches Erbe gebrandmarkt werden sollen, so haben sie in der kommunistischen staatlich gelenkten Planwirtschaft mit ihrem Papierkrieg und ihrer Unzahl an Kontrollen jedenfalls ein fruchtbares Betätigungsfeld gefunden. Verschiedentlich tadelte sie Chruschtschow als besonders typisches Merkmal von Kolchos-Sowchos- und lokaler KP-Führung.

Was aber der bulgarische Schreiber den Advokaten vorzuwerfen hat, ist folgendes: «Der Bürokratismus, Formalismus und feindliche Verhältnisse zwischen den Bürgern sind eine gute Voraussetzung zum Fürsprechertum.» Wie alle kapitalistischen Ueberbleibsel werde es nicht von selbst verschwinden, sondern müsse bekämpft werden, von allen Kommunisten, politischen Massenorganisationen, von Staatsorganen, Presse, Literatur und Kunst. Rechtsbeistand, meint Kristo Toskoff wohl, ist in der kommunistischen Gesellschaft eine aussichtslose Sache.

Der kommunistische Bürokrat ist der gefährlichste Typ des Bürokraten. Warum! Weil er seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert. Und solche kommunistische Bürokraten gibt es bei uns leider nicht wenig.

Stalin 1928, Werke, Band 11.

Das neue Gesicht Afrikas: Mauretanien

Mauretanien, ein Teil von Französisch-Westafrika, erstreckt sich vom Senegal-Schwemmland bis tief in die Sahara hinein. Grosse Teile sind Wüste und Wüstensteppe. Ackerbau findet sich nur am Senegal und in einigen Oasen. Anbau von Mais und Hirse. Die Ausfuhr umfasst Häute und Felle, Gummiarabikum, Datteln, Fische und Langusten, Kupfer und Eisenerz.

Mauretanien wurde 1903 französisches Protektorat, 1920 Kolonie und wird am 28. November dieses Jahres im Rahmen der Communauté die Unabhängigkeit erlangen.

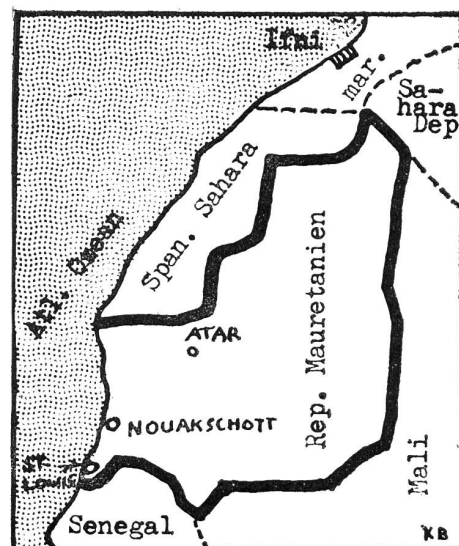
Regierungschef: Ministerpräsident Mokdar Ould Daddah.

Bodenfläche: 1 085 300 Quadratkilometer.

Einwohner: 650 000 (80 Prozent Mauren, 20 Prozent Neger), Europäer: 700.

Hauptstadt: Nouakschott (zeitweilig wird auch St. Louis angegeben).

Währungsparität: 50 frCFA = 1 NF.



Landwirtschaft

Sowjetunion

Das Flugzeug im Dienst des Bauern

Neben Amerika erkannten auch die zuständigen sowjetischen Stellen schon frühzeitig die grossen Möglichkeiten, die das Flugzeug auch der Landwirtschaft zu bieten hat. Schon 1922 prüfte eine in Moskau nahe gelegene Versuchs-Luftfahrtstation das Versprühen von Flüssigkeiten aus der Luft. Mit Gift in Pulverform ging man probeweise gegen Heuschreckenschwärme vor und die nötigen Bordeinrichtungen erfuhren ständig Verbesserungen. Als vorteilhaft für den Grosseinsatz von Flugzeugen erwies sich die zunehmende Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Maschinen konnten ungehindert beträchtliche Landflächen bearbeiten, ohne durch Abgrenzungen behindert zu werden. Bereits in den dreissiger Jahren begann die praktische Arbeit, und in allen Gebieten entstanden Luftfahrtabteilungen, von denen sich Untergruppen allein mit landwirtschaftlichen Aufgaben befassten. Eines der ersten Ziele war dabei die Vernichtung der Hauptbrutstätten der gefräßigen asiatischen Heuschrecke, gegen welche 1931 bis 1941 ein eigentlicher Feldzug eröffnet wurde und der auch tatsächlich erfolgreich verlief. Rund 25 Millionen Hektaren Gesamtfläche erfuhren während dieser Periode eine Behandlung aus der Luft.

Nach Kriegsende wurden die Anstrengungen noch vermehrt, so dass allein im Jahre 1953 6 Millionen Hektaren erfasst wurden, 1959 die dreifache Fläche.

Heute bekämpft das Landwirtschaftsflugzeug nicht mehr nur die Schädlinge, denn dank intensiven Forschungsarbeiten konnten weitere Anwendungsbereiche ausfindig gemacht werden, die der Steigerung des Ernteertrages dienen.

In Estland erfolgt die Nachdüngung von Winterkulturen aus der Luft so früh, wie es infolge des aufgeweichten Bodens durch erdgebundene Geräte nicht möglich wäre. Auch die Frühjahrssaat und die Kartoffeln werden auf diese Weise gedüngt. Im Juni wird sodann das Unkraut in Chruschtschews berühmten Maisfeldern vernichtet. In Sibirien und Kasakstan geht man ähnlich vor und so konnte der Ertrag um 400 bis 600 kg pro Hektare gesteigert werden. Neu ist auch die Kopfdüngung der Reben in der Krim. Auch hier ergibt sich ein beträchtlicher Mehrertrag und gleichzeitig eine Erhöhung des Zuckergehaltes der Trauben.

Das günstige Klima einiger Sowjetrepubliken gestattet einen ganzjährigen Einsatz von Flugzeugen. So beginnt zum Beispiel in Aserbeidschan im Frühling die Nachdüngung des Getreides und das Vernichten von tierischen und pflanzlichen Schädlingen. Der Sommer bringt den Kampf gegen den Bollwurm (Eulenraupe) in den Baumwollpflanzungen, im Herbst erfolgt das Entblättern der Baumwollsträucher durch Versprühen chemischer Stoffe und schliesslich bestäuben die gleichen Maschinen den Winter über Weinberge und Gärten.

Im hohen Norden Russlands warteten in letzter Zeit ganz besondere Aufgaben auf das Flugzeug: Mit Skis versehene Maschinen streuen im März fein geriebene Erde, Asche oder Russ über die Felder von Archangelsk, was die Schneeschmelze um Wochen beschleunigt. Da die Zeit des

Wachsens in diesen Gegenden nur kurz ist, spielen diese gewonnenen Wochen natürlich eine grosse Rolle. Ferner werden in diesem Gebiet die Weideflächen oft mit einer Salzlösung besprengt und das so «gesalzene Gras» wird vom Vieh mit grossem Appetit gefressen, die Wasseraufnahme erhöht sich, und das Ergebnis soll eine Erhöhung des Milchertrages um 10 bis 15 Prozent sein.

Wie in andern grossen Waldgegenden der Erde fliegen die Piloten auch Einsätze zur Waldüberwachung. Feuerwehr wird mittels Fallschirmen abgesetzt und neuerdings lassen sich durch abgespritzte feuerlöschende Chemikalien Schutzstreifen um den Brandherd legen, die das Weitergreifen des Feuers verhindern.

Laut einer Mitteilung von P. N. Tschulkow, Verwaltungschef der staatlichen Aeroflot, unter deren Oberaufsicht sämtliche landwirtschaftlichen Flugzeugeinsätze stehen, beabsichtigt die UdSSR die Chemieflüge im Rahmen des Siebenjahresplanes zu verdreifachen, so dass 1965 rund 50 Millionen Hektaren aus der Luft bearbeitet werden können. Die Forschung aber arbeitet gegenwärtig an der Schaffung hochkonzentrierter chemischer Präparate, womit bei geringerem Verbrauch noch grössere Erfolge angestrebt werden.

Militär

Die Partei im Tornister

In den Statuten der kommunistischen Parteien ist ein spezielles Kapitel den Parteiorganisationen innerhalb der Armee gewidmet. In Kapitel 10 der gegenwärtig geltenden Statuten der KPdSU wird erklärt:

§ 64. Die Leitung der Parteiarbeit innerhalb der Sowjetarmee und der Kriegsmarine wird von der Politischen Verwal-

tung des Verteidigungsministeriums der UdSSR, die die Rechte einer Abteilung des ZKs der KPdSU geniesst, ausgeführt. Die in der Sowjetarmee und Kriegsflotte tätigen Parteiorganisationen arbeiten auf Grund spezieller Instruktionen, die vom ZK bestätigt werden.

§ 65. Für die Leiter der politischen Verwaltungen der Militärkreise, der Flotten und Armeen ist fünfjährige Parteimitgliedschaft, für die Leiter der politischen Abteilungen der Divisionen und Brigaden dreijährige Mitgliedschaft erforderlich.

§ 66. Die politischen Organe sind verpflichtet, mit den lokalen Parteikomitees engen Kontakt dadurch aufrechtzuerhalten, dass sie an den lokalen Parteikomitees der Leiter der politischen Organe ständig teilnehmen und ihre Referate entgegennehmen.

Wie «Krasnaja Swesda» («Roter Stern») im Oktober berichtete, erfolgte vor kurzem eine weitgehende Reform der Struktur des Parteiensystems der sowjetischen Armee, um dadurch die Autorität und den Einfluss der Partei in den Einheiten zu verstärken.

Danach sollen in den Regimentern Parteikomitees gebildet werden, die den Stadt-, bzw. Rayonkomitees rechtlich gleichgestellt sind. Die Parteiorganisationen der Bataillone und gleichgestellten Einheiten wurden zu «Grundorganisationen» erklärt gleich jenen der industriellen Grossbetriebe. Die Parteigruppen in den Kompagnien und diesen gleichgestellten Einheiten hingegen wurden zu solchen Parteiorganisationen befördert, wie sie auf industriellem Gebiet den Betriebsabteilungen und Werkstätten entsprechen.

Vor kurzem wurden Konferenzen der Sekretäre der Partei-Grundorganisationen in der Armee abgehalten, um die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Durchführung der sowjetischen «Armeeform» zu erörtern. Es wurde dabei festgestellt, dass die Neuerungen viel zur Erhöhung der Partei-Autorität beitrugen.

Sitten und Gebräuche

Iwan und Marija auf dem Standesamt

Was tun Iwan und Marija, wenn sie heiraten wollen?

Als erstes gehen sie zum Standesamt und bezahlen eine Anmeldegebühr in der Höhe von 15 Rubel. Nach einer Wartezeit von einer Woche können sie wieder auf das Standesamt kommen und heiraten. Das Mitbringen von Trauzeugen und das Tragen von Ringen ist dem Paar freigestellt. Auf dem Standesamt geht das Brautpaar zuerst durch ein Vorzimmer, das mit Blumen geschmückt und mit einem Leninstandbild ausgestattet ist. An einer Reihe Champagnerflaschen vorüber schreiten die Brautleute und betreten das Zimmer des Standesbeamten, wo die Trauzeremonie stattfindet. Sobald das Brautpaar an der Schwelle des Zimmers steht, legt eine Dame die Platte von Mendelssohns «Hochzeitsmarsch» oder einen Wienerwalzer auf ein Grammophon, so dass während der ganzen Zeremonie aus dem Hintergrund leise Musik erklingt.

Die Trauung beginnt mit einer Erklärung des Standesbeamten, die etwa folgendermassen lautet: «Am Tag (so und so), auf dem Standesamt des Bezirkes X, wird auf Grund der Gesetze der russischen Föderation und in Anwesenheit eines Mitglie-

des des Sowjets des Bezirkes X, Lidija Mikhailowna (so und so), die Ehe von (es folgen die Namen der Braut und des Bräutigams) registriert.»

Dann werden die Namen des Brautpaares in das Register eingetragen. Der Akt wird von einem amtlichen Photographen für das künftige Familienalbum festgehalten, worauf das Mitglied des örtlichen Sowjets, das bei allen Trauungen anwesend sein muss, eine kurze Ansprache hält. Hierfür gibt es keine besondere Formel, aber sie lautet ungefähr so:

«Iwan Iwanowitsch und Marija Alexandrowna, Sie sind jetzt Mann und Frau. Sie haben soeben den Ehebund geschlossen, der ein Bund der Liebe, der Zusammenarbeit und der Freundschaft ist und der auch die Grundlage unserer Gesellschaft darstellt. Darf ich Ihnen gratulieren und Ihnen alles Gute für die Zukunft wünschen!»

Zum Schluss wird die Heiratsurkunde dem getrauten Paar überreicht. Die Zeremonie dauert nur ein paar Minuten. Wenn die Leute es wünschen, können sie sich anschliessend auch kirchlich trauen lassen, was zirka eine Stunde währen kann.

Partei**Albanien****Hochspannung
vor dem KP-Kongress**

Das ärmste Land des Ostblockes und Europas will im nächsten Fünfjahresplan erstmals die Industrieproduktion auf mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion bringen, aber dieser Markstein in der Planung von Ministerpräsident Schehu spielt beim kommenden Parteitag der albanischen KP die geringste Rolle.

Der vom November ohne genaue Terminangabe auf das Jahresende verschobene 4. Kongress der «Albanischen Partei der Arbeit» steht im Zeichen einer kürzlichen Parteisäuberung und einer möglicherweise im sonst so zuverlässig pekingfreundlichen Tirana neu entflammten Auseinandersetzung um die Differenzen zwischen Chruschtschew und Mao. Die Position der engsten KP-Führung könnte kritisch sein.

Im September war der Ausschluss der ZK-Sekretärin Liri Belischowa aus Zentralkomitee und Politbüro bekanntgegeben worden. Gleichzeitig wurde der bisherige Vorsitzende der Zentralen Revisionskommission, Kotso Taschko, seines Postens enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Laut Radio Tirana hat Liri Belischowa «schwerwiegende Fehler» und Kotso Taschko «feindselige Handlungen» begangen.

Der Sturz der beiden wichtigen Parteifunktionäre erfolgte, wie in Erfahrung zu bringen war, auf Betreiben des ZK-Sekretärs Marko, der eben von einem längeren Aufenthalt in der Sowjetunion zurückkehrte. Dem Nachfolger von Frau Belischowa (an die Stelle Taschkos ist noch niemand getreten) wird eine ausgesprochen sowjetfreundliche Haltung zugeschrieben. Taschko bekleidete eine wichtige Position. Er hatte das Funktionieren von Apparat und Betrieb des Zentralkomitees zu überprüfen und sollte am Parteitag seinen Rechenschaftsbericht vorlegen. Sowohl er als auch seine gestürzte Genossin gehörten seit den dreissiger Jahren zur kommunistischen Garde und 1941 zu den Mitbegründern der albanischen KP.

Von den übrigen Gründern sind alle bis auf drei Säuberungen und Machtkämpfen zum Opfer gefallen; zumeist physisch, zum mindesten politisch. Uebriggeblieben sind heute neben dem ZK-Sekretär Kapo nur die zwei starken Männer des Landes, in erster Linie der Parteichef Enver Hodscha, sodann sein Regierungschef Mehmet Schehu, einer der wenigen Ministerpräsidenten in Ostblockstaaten, die neben dem mächtigen Ersten KP-Sekretär eine mitentscheidende Rolle behaupten.

Hodscha, der sich von Anbeginn durch blutige, praktisch nie abbreisende Säuberungen an der Spitze hielt, hat sich heute vorzusehen. Der ehemalige Tito-Freund, der sich nach dessen Bruch mit der Kominform 1948 mit Entschiedenheit gegen den jugoslawischen Machthaber wandte, seine Haltung auch in der Entstalinisierungsperiode Mitte der fünfziger Jahre faktisch kaum veränderte und seither immer deutlicher ins extremistische maoistische Lager abschwankte, steht im sowjetischen Lager ohnehin schon ziemlich isoliert. Dazu ist er in Albanien verhasst. Interne Parteikrisen, womöglich von

Moskau geschürt, kann er sich heute weniger leicht leisten als ehemals.

Und diese Erkenntnis mag Hodscha bewogen haben, zum Führertreffen nach Moskau selbst zu fahren. An die Uno-Session hatte er noch Schehu geschickt.

Dem Kreml ist die albanische Bastion zu wichtig, als dass er sie aus seiner Kontrolle lassen dürfte. Viel kommt darauf an, ob die sowjetischen Machthaber Hodscha mehr als Instrument oder mehr als Hindernis betrachten.

Wirtschaftlich gesehen ist das Land mit seinen anderthalb Millionen Einwohnern in dünnen Hügeln für den Ostblock so gut wie quantitativ negligabel. Nicht aber in strategisch-militärischer Hinsicht.

Albanien ist ein vorgeschobener kommunistischer Stützpunkt an der Adria. Die Anhaltspunkte für das Bestehen sowjetischer Raketen- und Unterseebasen in Albanien und den vorgelagerten Inseln haben sich in den letzten Jahren bis zur Gewissheit gehäuft.

Es kann sehr wohl sein, dass diesmal die internen Kämpfe der albanischen KP auch Abbild der grösseren Spannungen im kommunistischen Block sind.

Religion**Polen****Um katholische Feiertage**

Das polnische Parlament hat zwei katholische Feiertage von der Liste der staatlichen Feiertage gestrichen, aber es war eine jener wenigen Entscheidungen, welche nicht einstimmig erfolgte.

Für den Regierungsantrag, das Dreikönigsfest am 6. Januar und das Fest Mariæ Himmelfahrt am 15. August zu normalen Arbeitstagen zu erklären, stimmten 445 der 459 Abgeordneten, während zehn opponierten und vier sich der Stimme enthielten. Polen ist ein traditionell katholisches Land.

In gewisser Hinsicht ist es bemerkenswert, dass sich in einem kommunistischen Ostblockstaat, wo der marxistische Atheismus als anerkannte Ideologie gilt, Feiertage von recht ausgesprochen konfessionellem Charakter so lange zu halten vermochten. Doch hat die polnische Bevölkerung ein tief verwurzeltes Gefühl für die Glaubensbekundung auch in der Öffentlichkeit, was sich selbst unter dem kommunistischen Regime etwa in der grossen Teilnahme an Wallfahrten zeigt. Die Predigten bei solchen Feierlichkeiten werden oft in einem sehr offenen Ton gehalten.

Politik**Ghana****Unfreundliche Nachbarn**

Zwischen Ghana und Togo (ehem. französisch) ist ein Wirtschaftskrieg ausgebrochen. Nkrumah, der Staatschef von Ghana, hat die Grenzübergänge nach Togo sperren lassen und zum Grenzübergang benötigt man künftig regelrechte Reisepässe. Daneben ist der Export fast aller Waren nach Togo verboten worden.

Togo hat nun auf ghanesische Waren einen Gegenboykott verhängt. Mit Ausnahme von Bauholz, dessen Beschaffung wegen der Transportfrage umständlicher geworden

Curriculum der Woche**MEHMET SCHEHU**

Ministerpräsident von Albanien, Generalleutnant der Armee, Mitglied des Partei-Politbüros und der Partei-Massenorganisation, der Demokratischen Front. (Erster Parteisekretär ist Enver Hoxa.) Geboren 1913 als Sohn eines verarmten mohammedanischen Priesters in Mallakaster, Distrikt Bera. Fünf Jahre Primarschule, später Besuch einer amerikanischen Gewerbeschule in der Landeshauptstadt Tirana mit Abschluss 1932. Stipendium für Besuch der italienischen Militärakademie in Neapel, dort aber wegen kommunistischer Tätigkeit ausgewiesen. 1936 Offiziersschule in Tirana. 1938 schliesst sich Schehu der Internationalen Garibaldi-Brigade im spanischen Bürgerkrieg an und befehligt ein Bataillon. 1939 bis 1942 in Frankreich interniert. Wird in dieser Zeit Mitglied der Italienischen Kommunistischen Partei. Rückkehr in das besetzte Albanien 1942. Verschiedene Posten von wachsender Bedeutung in der Widerstandsbewegung, bei Kriegsende Generalmajor der Partisanenarmee. 1945 bis 1946 Besuch der Woroschilow-Militärakademie in Moskau. Darnach Generalstabschef der albanischen Armee und Mitglied des Partei-Zentralkomitees. Im Februar 1948 im Zuge der stalinistischen Säuberungen aus beiden Ämtern entlassen und mit dem unbedeutenden PTT-Ministerium betraut. Gewinnt im Herbst 1948 nach dem Bruch Titos mit der Kominform wieder an Einfluss, wird im Oktober Innenminister, dann stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros. Im Juli 1954 zum Ministerpräsidenten ernannt. Schehu ist verheiratet und hat zwei Söhne. Seine Frau ist Mitglied des Partei-Zentralkomitees und Vizepräsidentin der Volksversammlung. Neben seiner Muttersprache beherrscht der Regierungschef das Englische, Italienische, Russische, Französische und Spanische.

ist, kann Togo die bisher eingeführten Ghana-Produkte durch Erzeugnisse aus Dahomey und Nigeria ersetzen.

Den Hintergrund des Konfliktes bildet die Spaltung des gut eine Million Menschen zählenden Ewe-Volkes, von dem der kleinere Teil im heutigen Ghana, der Rest in der Republik Togo lebt. Sylvanus Olympio, Staatschef von Togo, will die Vereinigung des Ewe-Volkes durch die Annexion des Grenzgebietes herbeiführen und bereits vor Jahresfrist hat auch Nkrumah in einer Rede den Anschluss Togos als «Ghanas siebente Provinz» gefordert.

Durch die Verstärkung der ghanesischen Streitkräfte werden die gegenseitigen Spannungen noch verschärft. In Togo beobachtet man sehr aufmerksam, wie Ghana sich neue Flugzeuge und 200 Instruktoren für seine Luftwaffe aus England beschafft hat, seine reguläre Armee von einem auf zwei Regimenter erhöht und eine Reservearmee aufzustellen beginnt.

Ghana grenzt ausser an Togo nur an Mitgliedstaaten der Communauté Française, und man hofft daher in Lomé, der Hauptstadt Togos, dass im Notfalle diese Staaten zu Hilfe kommen würden.

Der Schnappschuss

Aus einem Kommentar von Radio Havana: «Die Geschichte der Vereinten Nationen teilt sich in zwei Perioden: Vor der grossen Rede Castros und nach der grossen Rede Castros.»

Kriterien für das Einordnen von Werken in der Moskauer Lenin-Bibliothek. Chronologisch: vor und nach dem Sieg des Marxismus. Thematisch: reaktionär und fortschrittlich.

In Moskau kann das Klatschen nicht nur im übertragenen Sinn teuer zu stehen kommen. In gewissen Fällen ist die Telefonmiete so hoch wie die Wohnungsmiete.

Was Tass einen natürlichen Tod nannte: Der Parteisekretär des Distriktes Rjasan, A.N. Larinow, wurde beim Fälschen von Produktionsziffern erwischt und beging daraufhin Selbstmord.

Um dem Mangel an Medikamenten abzu- helfen, haben die ostdeutschen Behörden den Apotheken verboten, ab 1. Januar 1961 in den Schaufenstern für Arzneimittel zu werben. Dafür soll Sport empfohlen werden. Damit hofft man, die Bevölkerung zum Verzicht auf Pillen anzuhalten. — Was nicht heisst, dass die Förderung der Pillensucht, wie sie in einem westlichen Alpenland betrieben wird, der wünschbare Zustand sei.

kurz

Die Arbeitszeitverkürzung in der sowjetischen Industrie macht laut «Prawda» Fortschritte. Bis zum Ende des Jahres soll die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt nur noch 40 Stunden und 12 Minuten betragen. Bis zum Abschluss des Siebenjahresplanes 1965 ist die Reduktion auf 35 Stunden vorgesehen. Darüber hinaus gibt es dann nur noch freiwillige Ueberstunden.

1400 mittlere und kleine Stahlbetriebe bilden laut «Hsin Hua», Peking, in China ein geographisch verteiltes Netz, dem auch 3000 kleine Produktionseinheiten von lokaler Bedeutung angehören. Plangemäss soll die diesjährige Stahlproduktion die letztjährige um fünf Millionen übertreffen.

Das neue jugoslawische Pressegesetz (KB, 16. November) verbietet die Veröffentlichung von Drucksachen, die mit ausländischen Mitteln herausgegeben werden (wobei Inserate und Abonnemente aus dem Ausland gestattet sind). Die Verbreitung ausländischer Information durch Presse, Film und Drucksachen wird mit Ausnahme von Uno-Publikationen durch verschiedene Bestimmungen sehr stark eingeschränkt.

Der Viehzüchterberuf soll in einer Kampagne in den Jugendorganisationen aufgewertet werden, fordert das in Sofia erscheinende Blatt «Narodna Mladez». Die ganze Öffentlichkeit müsse über den patriotischen Wert dieser Tätigkeit aufgeklärt werden.

Jeden Tag wird in Moskau ein Wohnblock zu 60 Wohnungen fertiggestellt. Der 1965 ablaufende Siebenjahresplan sieht 70 000 neue Wohnungen für die Stadt vor.

21 Monate Gefängnis erhielt ein ostdeutscher Oberschüler wegen Verleumdung der DDR und Abhören von westlichen Sendern.

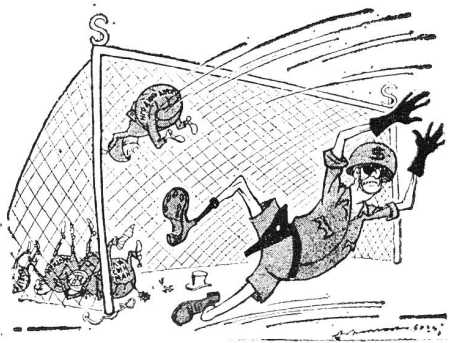
Im Alter von 75 Jahren starb in Leningrad der sowjetische Historiker Sergej Kowalew, Spezialist für die Geschichte der antiken Welt, der sich vor allem durch seine monumentale «Geschichte Roms» einen Namen gemacht hat.

Auch in der UdSSR kann man jetzt Leihwagen mieten. «Der Interessent hat Schlange zu stehen. Er muss die Fahrbewilligung, zwei Photographien und ein Zeugnis des Arbeitgebers über seine Zahlungsfähigkeit bereithalten und einen speziellen Fragebogen ausfüllen. Hierauf bekommt er eine Karte, die sein Arbeitgeber zu unterschreiben hat. Kehrt er damit zurück, erhält er eine Nummer und die Angabe des Datums, an dem er eine zusätzliche Fahrprüfung machen kann. Wenn er diese besteht, kann er endlich einen Wagen mieten.» («Prawda».)

Offside

«Noch ein Tor» (gegen die USA) verkündete am 11. November die «Prawda» verfrüht als Kommentar zu den ersten Meldungen über den Sturz des südvietnamesischen Präsidenten Ngo Dinh Diem, der sich, wie Moskau es dann am nächsten Tag ausdrückte, mit Hilfe amerikanischer Waffen doch wieder behaupten konnte. Dass auch die Aufständischen, wie die ganze Armee, über amerikanische Ausrüstung verfügten, spielte bei dieser Darstellung keine Rolle.

Aufschlussreich ist die Karikatur jedenfalls als Beispiel für den Versuch, jede Revolte als amerikanische Schlappe hinzustellen. Dabei schien das Programm der gescheiterten Rebellion ebenso antikommunistisch zu sein wie dasjenige der Regierung. Und Menderes, der in schöner Vereinfachung mit dem kubanischen Ex-Diktator Batista zusammen als Treffer gegen das Dollargol erscheint, hat in Gürsel



noch lange keinen natofeindlichen Nachfolger gefunden.

Die Verquickung verschiedenster Themen mit der amerikanischen Politik gehörte zu den Modeerscheinungen der sowjetischen Presse unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen. Da sah man etwa den republikanischen Elefanten unter der Last ungelöster Fragen zusammenbrechen und daneben unternehmungslustig ein schwächliches demokratisches Esselfüllen stehen.

Die östlichen «simplificateurs» sehen jeden Sturz eines nichtkommunistischen Regimes als Niederlage des Westens an. Zweifelloso besteht in gewissen westlichen Kreisen eine analoge Tendenz. Sie erweist, da sie alles über einen Leisten schlägt, der freien Welt einen zweifelhaften Dienst.

Die östlichen Vereinfachungen dieser Art sind kluge Berechnung. Die westlichen Gegenstücke weniger.

Linksrutsch und Moskauflucht, das

war ein Ergebnis der dänischen Parlamentswahlen. Viel-

leicht ist es bis zu einem gewissen Grad symptomatisch. Die linientreuen Kommunisten verschwinden für die kommende Legislaturperiode völlig aus dem «Folketing», während der dissidente «Titoist» Larsen zu seinem Mandat noch elf weitere für seine Sozialistische Volkspartei erobern konnte. Die Rechtsparteien erlitten grösstenteils Einbussen, die Linksparteien erzielten eher Gewinne. Nationale Probleme waren ausschlaggebend, gewiss. Im Falle Dänemarks kamen noch den militärischen Bündnisfragen im Zusammenhang mit der Nato besondere Bedeutung zu. Aber es ist doch ein Beispiel eines westlichen Staates, wo sich eine starke Linkstendenz dann zu manifestieren vermochte, als sie nicht dem sowjetischen Programm verpflichtet war. Solche Staaten, namentlich wenn der Linkszug staatsherrschend wird, stellen westliche Nationen vor eine Bewährungsprobe. Die Versuchung mag gross sein, neue linksgerichtete und militärfeindliche Regierungen als potentielle Angehörige des kommunistischen Lagers zu betrachten und dementprechend zu bekämpfen. Dabei besteht die Gefahr, solche Staaten, die von selbst keine Verbindung mit Moskau suchen, durch ungeschicktes Verhalten geradezu in das Ostblocklager zu treiben. Was sich in Dänemark bloss als «Trend» bei demokratischen Wahlen zeigte, mag in Südamerika, wo der Souverän seinen Willen nicht unbedingt auf die gleiche Weise kundtun kann, in einem oder andern Fall zu gewaltsamen Umstürzen führen. Solche sind vielleicht moskau- oder pekingfreundlich, aber sie sind es nicht unbedingt. Möglicherweise böten die neuen Machthaber ebenso gute Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit dem Westen als die früheren Regimes, die den westlichen Idealen von Demokratie alles andere als entsprachen. Jedenfalls geht es kaum an, jede nach links gerichtete Neubildung zum vornherein als kremlhörig zu behandeln und ihr die Möglichkeit einer solchen Wahl damit erst vor Augen zu führen. Freilich stellen sich viele Fragen leichter, als sie zu beantworten sind. Doch wird der Westen auch auf sie eine Antwort finden müssen.

Unser Memo